

DER GRÜNE PARLAMENTS-KURIER

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND

www.fraktion.gruene-saar.de • Ausgabe III - 2014



> NEWSTICKER <

GONDWANA: LANDESREGIERUNG MUSS KOSTEN OFFENLEGEN

Das Gondwana-Projekt droht zum Fiasco für die Landesregierung zu werden. Nun hat sie angekündigt, Klage gegen Betreiber Matthias Michael Kuhl wegen ausstehender Pachtzahlungen zu erheben. Doch dieser wehrt sich: Die zwei Millionen Euro, die er zusätzlich in das Projekt investieren musste, waren angeblich mit den Aufsichtsgremien der Landesgesellschaften abgesprochen. Wir verlangen endlich Klarheit. Die Landesregierung muss über die mit Gondwana-Betreiber Kuhl getroffene Vereinbarung im Detail informieren. Außerdem fordern wir, dass die Regierung schleunigst ein Konzept für den Zukunftsstandort Reden vorlegt und sämtliche bislang entstandenen Kosten offenlegt. Wir fürchten, dass hier Steuerverschwendung im großen Stil betrieben wurde.

LANDESREGIERUNG BLEIBT GUTACHTEN ZUR GRUBENWASSERHALTUNG SCHULDIG

Noch immer ist unklar, welche Folgen die geplante Flutung der Grubenschächte ab dem Jahr 2035 durch die RAG AG haben wird. Zwar hat sich die Landesregierung auf unser Drängen hin dazu bereit erklärt, ein unabhängiges Gutachten über die möglichen Gefahren in Auftrag zu geben. Jedoch liegt dieses bis heute weder vor noch wurde in Aussicht gestellt, wann eine Prüfung stattfinden soll. Dieses Verhalten ist inakzeptabel. Schließlich geht es um die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung. Experten befürchten durch einen Anstieg des Grubenwassers unter anderem Hebungen und Senkungen. Außerdem könnte das Grundwasser bei einer Flutung durch toxische Stoffe, die unter Tage lagern, verunreinigt werden.

ÄNDERUNG LANDESAUFNAHMEGESETZ: ERHEBLICHER VERBESSERUNGSBEDARF

Um künftig auch Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz auf die Kommunen verteilen zu können, hat die Landesregierung in erster Lesung einer Änderung des Landesaufnahmegesetzes zugestimmt. Diese Menschen wurden aufgenommen, weil ihnen in ihrem Herkunftsland erheblicher Schaden drohen würde. Doch an dem Gesetzentwurf besteht Verbesserungsbedarf. Denn Personen mit subsidiärem Schutz haben ohnehin bereits das Recht, die Landesaufnahmestelle in Lebach zu verlassen und sich eine eigene Wohnung zu suchen. Außerdem versäumt es die Landesregierung, mit der Neuregelung die Situation für sämtliche Flüchtlinge zu verbessern. Denn diejenigen, die lediglich geduldet werden und keinen Aufenthaltsstatus haben, können auch weiterhin nicht vom Land auf die Kommunen verteilt werden.

LANDTAG DES SAARLANDES
15. Wahlperiode

Drucksache 15/802
04.03.2014

GROSSE ANFRAGE

der B90/Grüne-Landtagsfraktion

betr.: Auswirkungen der Personalplanung im Lehrerbereich auf die Schulentwicklung und notwendige Qualitätsverbesserungen im Schulsystem



Klaus Kessler
Stv. Fraktionsvorsitzender



Hubert Ulrich
Fraktionsvorsitzender

Große Bildungsanfrage:

LANDESREGIERUNG OHNE ZUKUNFTSKONZEPT

Im März haben wir eine Große Anfrage zum Thema Bildung an die Landesregierung gestellt, die im Juni beantwortet wurde. Die Auswertung der Antworten zeigt, dass enormer Verbesserungsbedarf in der Schulentwicklungsplanung besteht. Außerdem kann das Land den geplanten Stellenabbau beim Lehrpersonal nicht rechtfertigen.

Die Landesregierung plant vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen, bis zum Schuljahr 2020/21 insgesamt 588 Lehrerstellen abzubauen. Sie stützt sich dabei auf Berechnungen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC, die einen Schülerrückgang von 2010 bis 2020 um 21,5 Prozent ermittelt hat. Da die Schülerinnen und Schüler jedoch zunehmend höhere Bildungsabschlüsse anstreben und somit länger im Schulsystem verbleiben, musste das Bildungsministerium diesen Wert nach unten korrigieren. Unsere Berechnungen zeigen, dass der Schülerrückgang in den Schuljahren 2013/14 bis 2020/21 sogar noch geringer ausfallen wird. Trotzdem hält das Land an der Streichung von 588 Lehrerstellen fest, die angeblich nicht mehr gebraucht werden. Dies bezweifeln wir. Um

kleinere Klassen einzurichten, Unterrichtsausfall zu vermeiden, die Inklusion umzusetzen und für Qualitätsverbesserungen in der Schule zu sorgen, muss der Abbau von Lehrerstellen in dieser Größenordnung dringend korrigiert werden.

Außerdem stellt sich die Frage, was mit den wegfallenden Stellen passiert. Das Land hat lediglich angekündigt, diese im Bildungssystem zu belassen. Das heißt, sie könnten auch in Geld umgewandelt werden, das in Baumaßnahmen investiert wird. Ob die freiwerdenden Mittel letztlich in qualitätsverbessernde Maßnahmen investiert werden, lässt die Landesregierung offen. Sie scheint entweder kein Konzept zu haben, oder möchte die Öffentlichkeit nicht aufklären.

weiter Seite 2 >

UNAUSGEREIFT UND
INTRANSPARENT

NEUES
EVS-GESETZ

2



IV. PAVILLON

Grewenig und Landesregierung
verweigern Antworten

4

LANDESREGIERUNG OHNE ZUKUNFTSKONZEPT

Ein ähnliches Bild hinterlässt das Land bei den Schulentwicklungsplänen. Noch immer hat die Regierung keine Oberstufenstandorte für die Gemeinschaftsschulen benannt. Dies ist allerdings dringend nötig, da diese Schulen im nächsten Jahr bis zur Klassenstufe 8 aufgebaut sind und nur noch zwei Jahre verbleiben, bis die ersten Schülerinnen und Schüler in die Oberstufe eintreten.

Zudem droht zahlreichen Gemeinschaftsschulen die Schließung. Nachdem die Große Koalition 2012 das Schulordnungsgesetz verschärft hat, müssen Gemeinschaftsschulen nach nur zwei Jahren Aufbauzeit eine Mindestgröße von 220 Schülern haben. Diese Frist ist aus unserer Sicht zu kurz bemessen. Um ein eigenständiges Profil aufzubauen und neue Schüler zu gewinnen, sollte den Schulen wenigstens fünf Jahre Zeit gegeben werden. Das Schulordnungsgesetz der Regierung entpuppt sich als ein Schulschließungsgesetz, 16 Gemeinschaftsschulstandorte sind nun gefährdet. Es scheint, als wolle die Landesregierung zuerst die Schulschließungen abwickeln, bevor sie die Oberstufenstandorte bekannt gibt.

Wie konzeptlos die Bildungspolitik des Landes ist, zeigt sich auch daran, dass der Regierung keine Daten über die Abbrecher- und Wiederholerquote an beruflichen Schulen vorliegen. Dennoch erklärt sie in ihrem Koalitionsvertrag, dass sie eben diese Quote, die sie offensichtlich nicht mal kennt, reduzieren will. Ebenfalls im Koalitionsvertrag ist festgeschrieben, dass bis zum Ende der Legislaturperiode 25 gebundene Ganztagschulen eingerichtet werden sollen. Bislang sind es allerdings lediglich 8. Dass die Landesregierung bis 2017 noch 17 weitere Ganztagschulen einrichten wird, ist mehr als fraglich. Eine konkrete Aussage dazu trifft sie nicht.

Zusammenfassend stellen wir mit Erschrecken fest, dass die Landesregierung offenbar kein zukunftsfähiges Konzept für die Schulen im Land bereithält. Ganz offensichtlich stehen die Einsparungen im Bildungsbereich im Vordergrund. Wir lehnen dies ab, da die Zukunftsfähigkeit des Landes in hohem Maße von den Bildungsinvestitionen abhängt.

Hier unsere große Anfrage:

www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/GrA15_802.pdf

Hier die Antwort der Landesregierung:

www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Aw15_0930.pdf

DAS NEUE EVS-GESETZ

**UNAUSGEREIFT UND
INTRANSPARENT**

- gemeindebezogene Kostenausweisungen werden abgeschafft
- keine umfassende Wirtschaftlichkeitsprüfung des Verbands vorgesehen
- Aufstockung der Aufsichtsratsposten von 13 auf 17
- weiterhin zwei Geschäftsführer

Im Hauruckverfahren hat die Große Koalition noch vor der Sommerpause ein neues Abfallwirtschafts- und EVS-Gesetz durchgebracht. Die Probleme beim Entsorgungsverband werden damit nicht gelöst.

Die Bilanz des Entsorgungsverbands Saar (EVS) ist 16 Jahre nach seiner Gründung mehr als ernüchternd. Noch immer mangelt es an Transparenz bei der Gebührensveranschlagung. Das von der CDU- und SPD-Fraktion im 14-tägigen Schweinsgalopp durchgebrachte Gesetz zur Änderung abfallrechtlicher Vorschriften hat vieles noch intransparenter gemacht. Ein Beispiel: Die gemeindebezogenen Kostenausweisungen werden abgeschafft. So wird es unmöglich, das Stadt-Land-Gefälle bei der Kostenstruktur zu überblicken. Außerdem ist noch immer keine umfassende Wirtschaftlichkeitsprüfung des Verbands vorgesehen. Letzteres ist angesichts des Milliardendefizits beim EVS ungeheuerlich. Unser Antrag, den EVS zur Herstellung von Gebühren- und Kostentransparenz zu verpflichten, wurde durch Stimmenmehrheit der Regierungsfractionen abgeschmettert.

Den Grünschnitt zentral zu verwerten und die Kommunen zu entlasten, ist zwar begrüßenswert. Aus unserer Sicht völlig unverständlich ist allerdings der vorgegebene Zeitrahmen. Ein Konzept muss bis 2015 vorgelegt werden, die Umsetzung soll jedoch erst 2018 erfolgen. Es gibt viele inhaltliche Punkte, die das Gesetz unausgereift erscheinen lassen, darunter auch die Aufstockung der Aufsichtsratsposten von

13 auf 17 sowie die Tatsache, dass weiterhin zwei Geschäftsführer beschäftigt werden. Dies verursacht unnötige Mehrkosten.

Besonders zu kritisieren ist auch das Verfahren der Gesetzgebung. Weil alles offenbar schnell gehen musste, hat die Landesregierung es nicht für nötig gehalten, im Vorfeld einen intensiven Dialog mit den Kommunalparlamenten, Umweltverbänden und Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Das Ergebnis: Für die Anhörung im Unterausschuss im Juli konnten viele der 30 Vertreter, die eingeladen waren, aus Zeitmangel überhaupt keine Stellungnahme einreichen. Zudem hatte die Opposition nicht einmal zwei Tage Zeit, um die Anhörung auszuwerten. Aus diesem Grund haben wir gemeinsam mit den anderen Oppositionsfractionen an der Abstimmung über den Entwurf im Plenum nicht teilgenommen.

Die Große Koalition hat mit dieser Gesetzänderung gezeigt, wie parlamentarische Arbeit nicht zu funktionieren hat. Sie hat die Rechte der Opposition mit Füßen getreten und jegliche Transparenz im Verfahren vermissen lassen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird dadurch ein völlig unausgereiftes und unzulängliches Gesetz vorgelegt, für das sie letztlich die Zeche zahlen müssen.

ÖPNV IM SAARLAND: SCHLECHT ORGANISIERT!

Das Saarland investiert in seinen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ähnlich viel Geld wie strukturell vergleichbare Regionen. Doch sind die Fahrgastzahlen hierzulande im Schnitt um die Hälfte niedriger.

Dies zeigt, wie schlecht der ÖPNV im Saarland organisiert ist. Es gibt keine Abstimmung zwischen dem Land und den Aufgabenträgern, unter anderem den Kreisen und Städten. Statt



wikipedia/Sir James - CC BY-SA 3.0

diese Defizite zu beheben, hat die Landesregierung sogar angekündigt, die Mittel zu kürzen. Dies dürfte die jetzige Situation allerdings nur noch verschlimmern. Wir fordern stattdessen, die Kompetenzen im ÖPNV stärker zu bündeln. Die Landesregierung muss außerdem ein tragfähiges Finanzierungskonzept erarbeiten.



Klaus Kessler
Stv. Fraktionsvorsitzender

Die Landesregierung hat mit neuen Zahlen die zu erwartenden Einsparungen an den saarländischen Hochschulen schöngerechnet und damit das

Defizit bis 2020 vordergründig mehr als halbiert. Doch das ist reine Augenwischerei.

Die saarländischen Hochschulen sind ein entscheidender Faktor für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft des Landes. Sie bilden nicht nur hervorragende Fachkräfte heran, sondern leisten ebenso eine ausgezeichnete Forschungsarbeit. Allerdings befürchten wir, dass die Hochschulen diese Qualitäten aufgrund des Sparkurses künftig einbüßen könnten.

Die neuen Berechnungen der Landesregierung, die ein Einsparvolumen an der Saar-Uni von zwölf Prozent statt wie bislang 20 Prozent bis zum Jahr 2020 ergeben haben, können nicht optimistisch stimmen. Im Gegenteil: Sie sind Augenwischerei. Das Land hat nämlich in den Globalhaushalt als Einnahmen unter anderem die Kompensations- und

Landesregierung führt Planungssicherheit für Hochschulen ad absurdum

Hochschulpaktmittel mit eingerechnet. Doch steht deren Höhe bis zum Jahr 2020 noch nicht fest. Zudem kritisieren Gewerkschaften, dass die vom Land kalkulierten Tarifkostensteigerungen im Bereich von 0,5 bis maximal zwei Prozent jährlich zu tief gegriffen sind. Bei höheren Tarifabschlüssen, die wahrscheinlich sind, entstehen höhere Personalkosten, die von der Regierung nicht eingerechnet sind. Hinzu kommt, dass auch Energiekostensteigerungen nicht einkalkuliert wurden.

Das heißt, die Landesregierung legt den saarländischen Hochschulen die Daumenschrauben an und gefährdet durch unsichere Zahlen deren Planungssicherheit bis zum Jahr 2020. Wir fordern, dass sie ein tragfähiges Finanzierungskonzept vorlegt, das seinen Niederschlag in den kommenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen findet.

Dazu gehört es auch, endlich Farbe hinsichtlich der Verteilung der ab 2015 frei werdenden Bafög-Mittel zu bekennen. Die

Hochschulen sollen fünf Millionen Euro jährlich erhalten. In welche Geldtöpfe diese Mittel fließen, ist jedoch unklar. Die einzig tragbare Lösung für die Hochschulen ist aus unserer Sicht, ihnen die Bafög-Ersatzmittel vollständig zur Grundfinanzierung zu überlassen. Nur so können diese Gelder zielgerichtet in Maßnahmen investiert werden, um die Qualität von Lehre und Forschung langfristig aufrecht zu erhalten.

Im Übrigen ist uns die Ministerpräsidentin immer noch eine Antwort auf die Frage schuldig, weshalb das Land lediglich den Zuschussanteil der frei werdenden Bafög-Mittel und nicht auch den Darlehensanteil in Höhe von jährlich drei Millionen Euro für die Schulen und Hochschulen bereitstellen möchte. Denn dies ist in dem mit dem Bund vereinbarten Bildungspaket so vorgesehen. Wir fordern, dass die Landesregierung hierzu schnellstens Stellung nimmt. Schließlich könnten die Hochschulen mit diesen zusätzlichen Mitteln erheblich mehr entlastet werden.“

Bauverzögerungen am HTW-Hochhaus gefährden Lehrbetrieb

Erneut wurde der Termin für den Bezug des HTW-Hochhauses verschoben. Nun steht das Wintersemester 2015/16 als neues Datum im Raum. Doch so lange kann die Hochschule nicht mehr warten. Die Sozialwissenschaftler könnten bald ohne Räumlichkeiten dastehen.

Die desaströsen Fehlplanungen bei der Sanierung des ehemaligen Saarbrücker Gesundheitsamts scheinen sich nun endgültig zu rächen. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) benötigt dringend neuen Räumlichkeiten, sonst ist der Lehrbetrieb ab dem Sommersemester 2015 gefährdet. Denn dann können kündigungsbedingt die Sozialwissenschaftler ihr bisheriges Quartier am Campus Rastpfuhl nicht mehr nutzen. Es wird höchste Zeit, dass bei der Landesregierung die Alarmglocken läuten. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer muss schnellstens alle Verantwortlichen an einen Tisch bringen und der Hochschule eine Teilnutzung des Gebäudes ermöglichen.

Außerdem fordern wir von der Landesregierung, der Öffentlichkeit endlich vollständige Klarheit über die Ursachen der ständigen Bauverzögerungen zu verschaffen. Inzwischen gibt

es für das Gebäude einen dritten Bauantrag. Da dieser noch nicht genehmigt wurde, ruhen die Umbaumaßnahmen zurzeit. Uns völlig unverständlich ist, weshalb allein durch Nachbesserungen beim Brandschutz Zusatzkosten von 2,4 Millionen Euro entstanden sind. Die mit der Sanierung des Gebäudes beauftragte Ottweiler Baugesellschaft hatte im Dezember 2013 noch von einer Summe von maximal 500.000 Euro gesprochen. Offenkundig wird hier Missmanagement betrieben und dilettantisch geplant. Die Landesregierung muss endlich einen verbindlichen Zeitpunkt für die Fertigstellung nennen und Kostentransparenz herstellen.

Es ist schon paradox, wie leichtfertig das Land mit Geldern für Baumaßnahmen umgeht und gleichzeitig den Hochschulen finanziell den Hahn zudreht.



CHEMIEPLATTFORM CARLING: INFORMATIONSPOLITIK IST VERHEEREND



Die Chemiefabrik Carling in der Nähe des lothringischen Saint-Avold bleibt eine ernstzunehmende Gesundheitsgefahr für die Bewohner der Warndt-Gemeinden. Die Landesregierung unternimmt zu wenig, um die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.



Hubert Ulrich
Fraktionsvorsitzender

Die Beschwerden über beißenden Gestank, der von der Chemieplattform Carling in die Warndt-Gemeinden zieht, reißen nicht ab. Die Bewohner klagen teilweise über Husten und Schleimhautreizungen. Die Landesregierung scheint sich hierfür recht wenig zu interessieren. Zwar ist sie endlich unserer Forderung gefolgt und veranlasst in Kooperation mit der Saar-Uni unabhängige Messungen der Schadstoffbelastung. Doch bleibt die Informationspolitik nach wie vor verbesserungswürdig. So wird das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz vom Plattform-Betreiber über hohe Fackelaktivitäten in Kenntnis gesetzt. Diese Infos gibt das Ministerium aber nicht an die Bürger weiter. Diese erfahren so nicht einmal, ob eventuell

gesundheitsgefährdende Stoffe in die Umwelt gelangt sind.

Die Landesregierung spielt hier mit der Gesundheit der Bevölkerung. Es darf nicht sein, dass womöglich Benzoldämpfe oder andere krebserregende Stoffe über das Saarland ziehen, und die Bürgerinnen und Bürger darüber im Dunkeln gelassen werden. Wir fordern Umweltminister Reinhold Jost daher eindringlich auf, endlich die Informationspolitik seines Ministeriums zu verbessern. Dazu gehört es auch, die Bevölkerung über die Messergebnisse regelmäßig in Kenntnis zu setzen.

Verbessert werden muss auch dringend der Informationsaustausch zwischen den Behörden auf deutscher und französischer Seite. Eine gemeinsame Internetplattform und eine Beschwerden-Hotline, wie sie die Bürgerinitiative Saubere Luft fordert, wären eine gute Basis. Die muss nun schnellstmöglich geschaffen werden.

IV.PAVILLON

Grewenig und Landesregierung verweigern Antworten

Im Untersuchungsausschuss zum Museumserweiterungsbau IV. Pavillon wurde Interims-Chef Prof. Meinrad Maria Grewenig vernommen. Konkrete Gründe für den Baustillstand konnte auch er nicht nennen.

Nach den Zeugenaussagen in den jüngsten Ausschusssitzungen verfestigt sich für uns der Eindruck, dass die Behauptungen der WPW-Ingenieure völlig haltlos sind. Aufgrund ihres Berichts hatte Grewenig im Jahr 2012 einen Auftragsstopp für den Erweiterungsbau verhängt. Doch weder er noch WPW selbst konnten konkrete Gründe nennen, die diesen Baustillstand gerechtfertigt hätten. Zuvor hatten Zeugen klargestellt, dass es an den im Bericht bemängelten Brand-, Hochwasserschutz-, und Sicherheitskonzepten nichts zu beanstanden gab. Grewenig widerspricht sich zudem selbst. Nachdem er im Oktober 2012 noch ausgesagt hatte, eine Finanzierungslücke sei der Grund für den Auftragsstopp gewesen, soll es plötzlich auch noch Planungsfehler gegeben haben. Doch benennen konnte er keinen einzigen. Wir vermuten, dass es sich beim WPW-Bericht um ein Auftragsgutachten handelt, das den Baustillstand im Nachhinein rechtfertigen sollte. Außerdem sehen wir unsere Befürchtung bekräftigt, dass der Auftragsstopp lediglich verhängt wurde, um eine Finanzierungslücke zu vertuschen. An deren Höhe konnte sich Grewenig im Übrigen auch nicht erinnern.

Doch nicht nur er, auch die Landesregierung verweigert konkrete Antworten. Noch immer ist sie nicht unserer Forderung gefolgt, die durch den Baustillstand entstandenen Kosten auf den Tisch zu legen. Dies lässt nur einen Schluss zu: Sie fürchtet, dass sie die hohen, offenkundig unnötigerweise entstandenen Ausgaben vor der Bevölkerung nicht rechtfertigen kann.



Aktuelle parlamentarische Anfragen und Anträge der Grünen-Landtagsfraktion:

Af15_1027 | Fortführung der Arbeit der Serviceagentur „Ganztagig Lernen“
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1027.pdf

Af15_1022 | Nutzung „stiller SMS“ durch saarländische Behörden
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1022.pdf

Af15_1020 | Hygienische Belastung der Saar
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1020.pdf

Af15_1018 | Finanzierung des Ausbaus der gebundenen Ganztagschule
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Af15_1018.pdf

Ag15_0955 Neu 2 | Rahmenbedingungen für eine ökologische, effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung schaffen – Herstellen von mehr Transparenz und Kontrolle beim EVS
www.landtag-saar.de/Dokumente/Drucksachen/Ag15_0995-Neu2.pdf



INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne weitere Informationen zur Arbeit im Landtag?
Sie interessieren sich für parlamentarische Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe?

Melden Sie sich einfach unter: 0681 / 5002-508 oder fraktion@gruene-saar.de



SCHENK UNS DEINEN DAUMEN!

[fb.com/GrueneFraktionSaar](https://www.facebook.com/GrueneFraktionSaar)



IMPRESSUM: Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion
Landtag des Saarlandes, Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119
Saarbrücken, Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511
E-Mail: fraktion@gruene-saar.de
Fotos: Wikipedia, Bündnis 90/Die Grünen